



*Gemeinde Roetgen
mit den Ortsteilen
ROETGEN-ROTT
u. MÜLLARTSHÜTTE*

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

**Nr. 33
Oktober 94**

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

es ist Wahl"kampf"zeit, und die "Kämpfer" der Parteien reisen wieder durch die Lande, ihre Köpfe hängen an Laternen oder sind auf riesige Plakatwände geklebt. Wenn sie wieder gewählt sind, werden sie sich mit ihrem Mandat zurückziehen und nicht selten vergessen, was sie uns versprochen haben. Nicht ganz so einfach wie die großen Bundestagswahl"kämpfer" haben es die Kommunalpolitiker unserer Gemeinde, die jederzeit persönlich mit der Bürgermeinung konfrontiert werden können. Zwei Tendenzen lassen sich allerdings auch hier ausmachen:

1. Die Zahl der parteipolitischen Veröffentlichungen in eigenen Broschüren aber auch in Form von Pressegesprächen und -mitteilungen steigt vor jeder Kommunalwahl sprunghaft an. Dabei war doch fünf(!) Jahre Zeit öffentlich Politik zu machen.
2. Das Interesse der Bevölkerung für die Politik am Ort ist immer noch viel zu gering. So manche Ausschusssitzung vergeht unbemerkt von jeder Öffentlichkeit.

Ich meine, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN haben erfolgreich in den vergangenen Jahren an der Praxis festgehalten, Sie als Einwohner von Roetgen regelmäßig zu informieren. 33 Infos in 10 Jahren mit kritischen Kommentaren und Hintergründen, bisweilen mit der nötigen Portion Bissigkeit - auch mit Humor - versehen, sprechen für sich. Auch in Zeiten von Wahlen wollen wir die aktuelle Politik nicht aus den Augen verlieren. Deshalb hat dieses Info zwei Schwerpunkte:

* **Kommunalwahl + Bundestagswahl:** Kandidaten für den Gemeinderat und Kreistag,
Joschka Fischer zur Bundestagswahl

* **Aktuelles zur Energie- und Verkehrspolitik in der Region:** Amel, Neue Energien, Umweltkarte,
Verkehrsberuhigung

Klaus-Peter Kegel

Was und wie wird am 16. Oktober gewählt?

Roetgen. Am 16. Oktober finden in Nordrhein-Westfalen Bundestags- und Kommunalwahlen statt. Bei den Kommunalwahlen werden einerseits die Stadt- und Gemeinderäte (Gemeindewahl), andererseits der Kreistag gewählt.

Dabei erhalten Sie drei Stimmzettel:

Bundestagswahl: Auf einem weißen oder hellgrauen Stimmzettel entscheiden Sie mit Ihrer Erststimme über den Bundestagskandidaten im Wahlkreis Aachen (für BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Klaus Müller aus Alsdorf), mit der wichtigen Zweitstimme wählen Sie eine Partei, bestimmen also, ob und wie stark BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wieder in den Bundestag kommen und ob die Ablösung der Regierung Kohl gelingt.



Kommunalwahlen:

Gemeindewahl (Vertretung der Gemeinde Roetgen): Hier entscheiden Sie darüber, wer künftig im Roetgener Rathaus das Sagen hat, weiterhin die CDU/FDP-Mehrheit oder ob künftig die ökologische und sozialpolitische Alternative BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beteiligt ist. Sie haben nur eine Stimme und wählen hier gleichzeitig Ihre Direktkandidatin bzw. Ihren Direktkandidaten. Die Farbe des Stimmzettels ist hellgrün.

Kreistagswahl: Auf dem hellroten Stimmzettel darf ebenfalls nur eine Stimme abgegeben werden, mit der Sie gleichzeitig eine Partei und eine Direktkandidatin/ einen Direktkandidaten wählen. Sie entscheidet über die Zusammensetzung des Aachener Kreistages. Für Roetgen kandidiert hier die GRÜNE Kreistagsabgeordnete Agnes Majewsky. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sind hier mit dem Ziel angetreten, die absolute SPD-Mehrheit zu brechen!

Wir hoffen auf Ihre vier Stimmen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!



Die Kandidatinnen und Kandidaten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die vorderen Reservelistenplätze.

Von links:	Helga Quick, Gerd Pagnia, Jürgen Schneiders, Manfred Jollet, Christa Heners, Ingrid Karst-Feilen, Katharina Ständer.	
Platz 1:	Gerd Pagnia,	geboren 1949, Hausmann und Kunstmaler, 3 Kinder, politische Schwerpunkte: Ortsentwicklung und Soziales
Platz 2:	Katharina Ständer,	geboren 1954, Lehrerin, 1 Kind, politische Schwerpunkte: Verkehr und Haushalt
Platz 3:	Jürgen Schneiders,	geboren 1958, Industriekaufmann, 1 Kind, politischer Schwerpunkt: Verkehr
Platz 4:	Ingrid Karst-Feilen,	geboren 1959, Betriebswirtin, 2 Kinder, politische Schwerpunkte: Demokratie, Verwaltung und Soziales
Platz 5:	Manfred Jollet,	geboren 1960, Bankfachwirt, 2 Kinder, politischer Schwerpunkt: Haushalt
Platz 6:	Christa Heners,	geboren 1962, Hausfrau, 4 Kinder, politischer Schwerpunkt: Umweltschutz
Platz 7:	Silke Jüttner,	geboren 1959, Logopädin, 3 Kinder, politische Schwerpunkte: Ortsentwicklung, Umweltschutz
Platz 8:	Helga Quick,	geboren 1954, Waldorferzieherin, 2 Kinder, politischer Schwerpunkt: Soziales

Ihre Vertreterin für den Kreistag: Aggi Majewsky für Roetgen

Die Roetgener GRÜNEN setzen für die Kreistagswahl am 16. Oktober auf ihre Direktkandidatin Aggi Majewsky. Sie ist 28 Jahre alt, stolze Mutter von 7 Monate alten Zwillingen und lebt mit Mann, Ponies, Hund, Katze und Hühnern seit 1 1/2 Jahren in der Brandstraße. Schon seit 1989 sitzt die jüngste Kreistagsabgeordnete für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Aachener Kreistag, stellvertretend im Kreisausschuß und im Umweltausschuß. Der Umwelt- und Naturschutz beschäftigt sie seit ihrer Jugend und ist auch jetzt der Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit.

Von den Kreis-GRÜNEN wurde die umweltpolitische Sprecherin der Kreistagsfraktion auf dem 2. Listenplatz der Reserveliste der Kreis-GRÜNEN abgesichert. Mit ihrer Direktkandidatur in Roetgen will sie das Gesamtergebnis für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verbessern, so daß eine möglichst starke Kreistagsfraktion die absolute Mehrheit einer der beiden großen Parteien verhindern kann.

Sie wird auch nach dem 16. Oktober schwerpunktmäßig für eine vernünftige Umwelt- und Naturschutzpolitik eintreten. Interessen der Gemeinde Roetgen wird sie dann vor allem bei der Aufstellung des Landschaftsplanes, welcher in der nächsten Legislaturperiode erstellt werden soll, vertreten. Aber auch bei der weiteren Diskussion um die Sicherung des Trinkwassers, der Förderung von alternativen Energien und der Kompostierung der Grünabfälle wird sie sich für Roetgen einmischen und einsetzen.

Geben Sie Aggi Majewsky und damit gleichzeitig allen Kandidat/inn/en von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ihre Stimme für die Kreistagswahl.



RWE

Durchschaubare Politik

Kreis Aachen. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in der Vergangenheit nicht allein nur durch eifriges Lesen von Vorlagen und 'Nachbohren' in Ausschüssen und im Kreistag die verborgenen Aktivitäten der altbackenen Parteien immer wieder aufgedeckt und so manche interne 'kollegiale' aber keineswegs demokratische Absprache entlarvt.

AWA = Alles Weitere Alleine

Zum Schutz gegen solche Dreistigkeit einer GRÜNEN Fraktion, bestehend aus jungen, teilweise 'sogar' weiblichen Politikern ohne Amt und Würden (wie Doppelmandate als Bürgermeister, Landtagsabgeordneter u. ä.), sahen sich SPD und CDU gezwungen, wichtige Bereiche der Kreispolitik in privatwirtschaftliche Gesellschaften zu verlagern und somit der direkten öffentlichen Kontrolle zu entziehen. Beispiel AWA: AWA steht für "Abfallwirtschaft Kreis und Stadt Aachen GmbH" sollte aber besser für 'Alles Weitere Alleine', will sagen: ohne Kreistags-GRÜNE stehen.

Öffentlichkeit erwünscht?!

Leider sickerten aber auch trotz dieses Gremiums in letzter Zeit vermehrt Informationen nach außen, die die im Aufsichtsrat vertretenen Parteien vor allem im Wahlkampf lieber unter sich in der AWA beredet hätten. Jüngstes Beispiel ist die Idee des Herrn Bökenbrink, Direktor des RWE-Braunkohlkraftwerks Weisweiler, Klärschlamm - statt in der geplanten Müllverbrennungsanlage - in dessen Kraftwerk zu verfeuern.

Nunmehr stehen die 'alten Herren der Politik' kurz davor ein weiteres Mäuschelgremium für die Müllverbrennung, die sogenannte 'MHKW-GmbH', zu gründen.

RWE im Unrecht - Minister hilft

Aber auch in anderen Bereichen wurde durch SPD und CDU offensichtliches Zugriffsinteresse auf die Konten der Kreisbürger durch das RWE gebilligt. Zwar hatte die Energieaufsicht des Landes die Unrechtmäßigkeit der RWE - Konzessionsverträge im Südkreis bestätigt, das zuständige Ministerium stellte aber dem Kreis Aachen eine Rückzahlung der illegal und wohl nicht ganz uneigennützig von dem Energieriesen "spendierten" 1,5 Mio DM frei, bis er diesen stolzen Betrag mal wieder im Haushalt übrig habe.

GRÜNE passen weiter auf

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Aachener Kreistag wird sich auch in der neuen Legislaturperiode gegen einen Ausverkauf des Kreises Aachen ans RWE einsetzen. Wenn auch Sie dies verhindern und Politik im Kreis Aachen für alle Bürger durchschaubar machen wollen, wählen Sie am 16. Oktober BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestärkt in den Aachener Kreistag.

Aggi Majewsky

AtomMüllEndLager NEIN

Es scheint schon eine kleine Ewigkeit, seit in Deutschland die heftigen Grundsatzdiskussionen um Atomenergie JA oder NEIN geführt wurden. Gesiegt hat letztendes die Atomlobby, unterstützt durch unsere Politiker. Der Protest ist zum Glück nie versiegt. Untersuchungen in der Nähe von Atomkraftwerken zeigen heute, daß die Nutzung der Kernenergie nicht 'spurlos' an uns vorbeigeht. Erhöhte Werte von Radioaktivität werden gemessen, sogar vermehrte Fälle von Leukämie bei Kindern sind erwiesen. Dabei sind wir - zeitlich betrachtet - doch erst bei den Anfängen, über Langzeitfolgen kann nur 'spekuliert' werden.

Heftiger Widerstand formiert sich auch in unserer Gegend:

Belgien plant ein Atommüllendlager für schwach radioaktiven Müll direkt vor unserer Haustür, als möglicher Standort wird der ostbelgische Ort AMEL (im Naturpark Hohes Venn - Eifel) benannt. Amel liegt zwischen Bütgenbach und St. Vith, ca. 20 km Luftlinie von Monschau entfernt.

Bis 1982 hat Belgien seinen radioaktiven Müll im Meer versenkt, seit dem Verbot dieser Praktiken (Londoner Konvention) wird er zwischengelagert. Die ONDRAF (nationaler Dienst für radioaktiven Abfall und Spaltmaterial) wurde beauftragt ein Atommüllendlager für schwach radioaktiven Müll einzurichten. Derzeit werden 98 Standorte in Betracht gezogen, wobei für eine Endauswahl geologische und topographische Kriterien, Umwelteinflüsse, wirtschaftlicher Nutzen für das Gebiet und soziologische Aspekte (Bevölkerungsdichte, Akzeptanz!) eine Rolle spielen. Aus Kostengründen soll eine möglichst billige Lösung des Atommüllproblems realisiert werden - ein oberflächennahes Endlager.

Aber zunächst die Frage, was unter 'schwach radioaktivem Müll' zu verstehen ist: zu 20% sind es Abfälle aus Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen, sowie aus der Forschung; zu 80% handelt es sich um Müll aus Atomkraftwerken, der während des Betriebes und der Instandhaltung anfällt, z.B. Handschuhe, Werkzeuge, Kleider, Austauschmaterialien, ab 2015 auch Müll aus der Demontage ausgedienter Reaktoren.

Das es sich dabei um harmlosen Müll handeln könnte, ist ein gewaltiger Trugschluß !!! Die ONDRAF spricht von Müll, der 'kleine Mengen radioaktiver Elemente enthält', deren Halbwertszeit 'nicht länger' als 30 Jahre beträgt. Stoffe mit hoher Halbwertszeit - hochradioaktive Substanzen - würden nur in Kleinstmengen zugelassen. Plutonium hat bspw. eine Halbwertszeit von 24.000 Jahren (!), es braucht nur Kleinstmengen dieses Stoffes, um Trinkwasser ungenießbar zu machen. Halbwertszeit nur 30 Jahre - das bedeutet noch keine Hoffnung auf das 31. Jahr, das Gefahrenende ist erst nach 300 (!) Jahren erreicht. Für die Kleinstmengen Plutonium bedeutet dies entsprechend 240.000 Jahre.

Die Lagerung des Mülls

Das Endlager soll 100.000 Kubikmeter schwach radioaktiven Müll aufnehmen, dies entspricht etwa 80% der gesamten belgischen Atommüllmenge. In Metallfässern 'verpackt' soll der Abfall in Beton gegossen zu je 180 Stück in Bunkern gelagert und durch Erdatbedeckungen geschützt (!) werden. Ob es eine Betonart gibt, die 300 Jahre unbeschadet bleibt, konnte die ONDRAF nicht beantworten. Das Atommülllager soll nach den Vorstellungen der Verantwortlichen während 30 Jahren 'betrieben' und anschließend 300 Jahre

lang überwacht werden. Eine Neuanpflanzung des Geländes suggeriert dann die heile Natur.



Für das Lager ist kein Frühwarnsystem zur Feststellung undichter Stellen vorgesehen. Die ersten Anzeichen einer Undichtigkeit wären über das Grundwasser festzustellen, die Schäden an leeren Fässern könnten nicht behoben werden, da keine Wartung möglich ist. Das heißt Alarmstufe 1 für unser Grundwasser !!!

In Frankreich hat man bereits Erfahrungen gesammelt mit dieser Art der Oberflächenlagerung von in Beton gegossenem Atommüll. Bereits nach 20 Jahren sind einige der Betonbehälter leck und lassen radioaktive Substanzen austreten. Die radioaktive Belastung ist in diesem Gebiet 500mal höher als die natürliche Strahlung.

Ein Problem stellt auch der Transport des Mülls zum Endlager dar. Die Anlieferung soll per LKW erfolgen, man rechnet mit ca. 300 LKW-Ladungen pro Jahr aus ganz Belgien. Die Antwort auf das Transportrisiko blieb man seitens ONDRAF schuldig.

Noch ein Punkt sollte erwähnt werden, der hier eine wichtige Rolle spielt: die natürliche Radioaktivität aus der Erde.

Das Gebiet Wallonien- deutsche Eifel - Luxemburg ist die am stärksten radioaktiv belastete Region (natürliche Radon-Vorkommen) in Europa. Diese Tatsache ist bereits seit Jahren bekannt und bekannt ist auch, daß Lungenkrebs eine der vielen Gesundheitsgefährdungen ist. In dieser Region besteht erhöhtes Lungenkrebsrisiko. Jedes Quentchen weitere radioaktive Belastung wäre unverantwortlich!!!

Wir unterstützen die Forderung der 'Initiative AtomMüllEndLager Nein':

- Ausstieg aus der Kernenergie
- Förderung alternativer Energien
- keine weiteren Nukleargebiete

Die Frage der Atommüllendlagerung ist noch in keinem Land der Erde geklärt, sichere Endlager gibt es nicht. Angesichts dieser Tatsache und angesichts der vielen Risiken, welche die Kernenergie birgt beim Betrieb der Kernkraftwerke, Transport des Mülls etc. kann die einzige Alternative nur ein Ausstieg aus der Kernenergie sein. Nach einer Studie des 'Stockholm Environment Institute' kann ein weltweiter Ausstieg bis zum Jahre 2010 ohne Probleme vollzogen werden, selbst wenn zusätzlich der Gebrauch fossiler Brennstoffe eingeschränkt wird. Das Ziel kann also nur heißen: Förderung alternativer Energien.

Für die bereits angefallenen Atomabfälle sollen keine neuen Nukleargebiete erschlossen werden, eine der besten Lösungen ist die Lagerung auf den Geländen, wo sie produziert werden, also in stillgelegten Kernkraftwerken.

Ingrid Karst-Feilen

Kinderunfälle: Deutschland an der Spitze!

Das war die Titelanzeige eines Zeitungsartikels vom 20.9.94 in der AVZ, indem es unter anderem hieß, daß jährlich rund 60.000 Kinder im Straßenverkehr zu Schaden kommen und selbst siebenjährige Kinder für folgenschwere Unachtsamkeiten im Straßenverkehr verantwortlich gemacht werden.

Hauptausschuß lehnt Maßnahmen ab

In Anbetracht dessen, daß eine Woche vorher zwei Bürgeranträge, die genau von dieser Sorge um ihre Kinder getragen waren, im Hauptausschuß abgelehnt bzw. auf die lange Bank geschoben wurden, darf man sich fragen, wann es in Roetgen zu wirklich verkehrberuhigenden Maßnahmen kommen wird. Ein Tempo 30 Schild aufstellen zu lassen, enthebt die Ratsvertreter von der SPD, CDU und FDP nicht von ihrer Pflicht, alles zu tun um Schaden von den Kindern fernzuhalten. Fahrbahnverengungen, aufstellen von Pflanzenkübeln, Fahrbahnschwellen und häufige Radarkontrollen müssen her um diesen Schutz zu gewährleisten, wobei je nach Einzelfall unterschiedliche Maßnahmen beschlossen werden können.

Straßenverkehrsamt muß herhalten

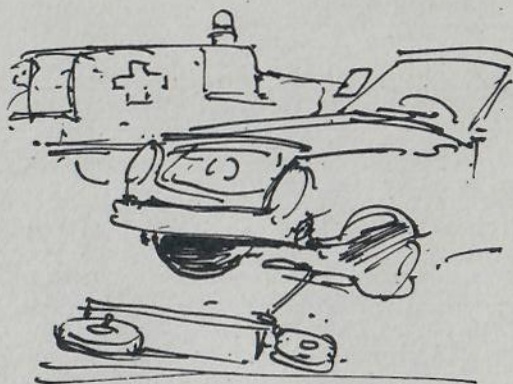
Sich hinter dem Straßenverkehrsamt zu verstecken, die ja die Schilder zu genehmigen hätte, wie man im Ausschuß hören konnte, zeugt von wenig Courage. Nehmen sie ihre Möglichkeiten der politischen Gestaltung wahr, meine Damen und Herren der SPD, CDU und FDP und stimmen Sie in Zukunft mit den GRÜNEN für Straßen auf denen unsere Kinder sich sicher bewegen können.

Doch anderswo gehts auch

Auch ein Blick über den Tellerrand in andere Orte, zeigt, daß vieles möglich ist, nur anschei-

nend in Roetgen nicht. Die Hoffnung bleibt, daß sich nach der Wahl etwas verändern könnte.

Gerd Pagnia



Impressum

Herausgegeben vom Ortsverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Roetgen, Jennepeterstraße 4a

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Klaus-Peter Kegel

Die namentlich oder durch Kürzel gekennzeichneten Artikel liegen in der Verantwortung der AutorInnen

Redaktionsschluß: 25.09.94

Auflage: 2500 Exemplare

Grüne wollen Umweltticket für den Kreis Aachen

Die GRÜNEN im Kreishaushaben ihren Vorstoß zur Einführung eines Umwelttickets für Busse und Bahnen auch im Kreis Aachen erneuert.

In einem Schreiben an den Landrat des Kreises Aachen erinnern sie an einen Antrag aus dem Jahre 1991, der seinerzeit bis zur Naugründung des AVV zurückgestellt wurde. Die GRÜNEN möchten nun endlich - nach der Wiederbelebung des AVV in der letzten Kreistagssitzung - ihre Forderungen aus 1991 verwirklicht sehen. Die GRÜNEN formulierten seinerzeit wie heute den folgenden Beschlußvorschlag für den Kreistag, der nun die Grundlage für die erneuten Beratungen sein soll:

* Der Kreistag hält zur Attraktivierung des öffentlichen Personennahverkehrs die Einführung einer Umweltkarte zum nächsten Fahrplanwechsel für dringend notwendig. Die Verkehrsbetriebe werden bei der Einrichtung dieser Umweltkarte vom Kreis Aachen unterstützt. Die Umweltkarte soll auf allen Buslinien innerhalb des Gebietes des Kreises Aachen und der Stadt Aachen gelten. Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, auf den AVV Einfluß zu nehmen, so daß dieser Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG, die Bahnlinien innerhalb dieses Gebietes ebenfalls mit einzubeziehen.

* Die Umweltkarte soll übertragbar sein und zum Monatspreis von 75,- DM angeboten werden. Ferner soll eine nichtübertragbare Umweltkarte zum Preis von 65,- DM für Auszubildende und eine Familienkarte (übertragbar) zu 85,- DM angeboten werden.

* Der Landrat und die Verwaltung werden gebeten, mit dem Oberbürgermeister und der Verwaltung der Stadt Aachen ein Gespräch bezüglich einer 50%igen Kostenbeteiligung

der Stadt Aachen zu führen. Weiterhin soll kurzfristig ein gemeinsamer Zuschußantrag an das Land NRW gestellt werden.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN halten folgende Argumente heute - wie schon 1991 - für äußerst aktuell und möchten damit ihre Forderungen nach Einführung einer Umweltkarte Nachdruck verleihen:

⇒ Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV werden im Kreis Aachen immer dringender. Politische Willensbekundungen hierzu liegen von allen im Kreistag vertretenen Fraktionen vor. Auch die Industrie- und Handelskammer forderte schon damals den Ausbau des ÖPNV zur Stärkung des Raumes Aachen als Wirtschaftsregion. Vom Individualverkehr mit all seinen negativen Auswirkungen überlastete Städte sind inzwischen insbesondere im Berufsverkehr die Regel geworden.

⇒ Einen wichtigen Eckpfeiler zur Attraktivierung des ÖPNV stellen Umweltkarten dar. Sie machen das Busfahren überschaubarer, da sich Nutzerinnen und Nutzer nicht mehr mit komplizierten Tarifgestaltungen herumärgern müssen. Einen zusätzlichen Kaufanreiz stellt die Übertragbarkeit und ein möglichst günstiger Preis dar.

⇒ Die schon vor Jahren durchgeführte Exkursion nach Süddeutschland und in die Schweiz hatte die Notwendigkeit zur Einführung der Umweltkarte deutlich gezeigt. In allen Beispielen beteiligte sich das Oberzentrum an den Kosten, da es in hohem Maße von einer starken Nutzung des ÖPNV und der daraus folgenden Verkehrsentslastung profitiert.

Neue Energien für Roetgen

Alle Welt redet vom Klima. Die unnatürliche Erhöhung des Treibhauseffekts und die daraus resultierenden globalen Klimaveränderungen sind in aller Munde. Schuld daran ist zu 50% die Erzeugung von Energie in jedweder Form (einschließlich Verkehr), davon 40% durch den Ausstoß von zusätzlichem Kohlendioxid (CO₂) und 10% durch Methan und Ozon. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, daß durch die Energieerzeugung noch andere Schadstoffe entstehen, wie beispielsweise Schwefel- und Stickoxide, Staub, radioaktive Substanzen und vieles mehr. Zusätzlich werden Rohstoffe verbraucht (Kohle, Öl, Uran, etc.), die irgendwann erschöpft sind.

Ausweg: Regenerative Energien

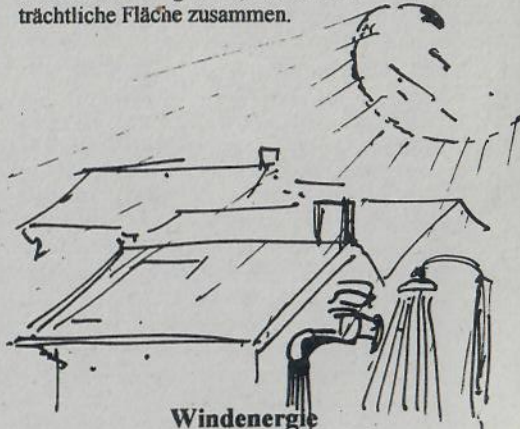
So geht es also nicht mehr weiter. Einen Ausweg bieten die regenerativen Energien, die vom Prinzip her unerschöpfliche Energiequellen anzapfen und emissionslos (Sonne, Wind) oder -arm (Biogas) arbeiten, vorausgesetzt, bei der Herstellung werden ebenfalls regenerative Energiequellen verwendet. Damit sie aber überhaupt in der Lage sind, langfristig unsere Energieversorgung zu übernehmen, sind gleichzeitig radikale Energiesparmaßnahmen notwendig. Seriöse Schätzungen gehen von einem Einsparpotential von ca. 40% in den nächsten 15 bis 20 Jahren — bei heutigem Stand der Technik — aus. Langfristig sind natürlich noch weit höhere Einsparungen möglich. Bereits heute könnten die regenerativen Energien über 30% der Stromerzeugung übernehmen.

Spätestens hier wird sich der Leser (oder die Leserin) vermutlich fragen: „Was hat das alles mit unserer schönen Gemeinde Roetgen zu tun? Wind ist zu wenig da, und von einem großen

Solkraftwerk lassen wir uns doch nicht unsere Wiesen zupflastern!“

Sonnenenergie

Zunächst zur Sonnenenergie: Es gibt auch in Roetgen bereits sehr viele zugestrichelte Flächen, nämlich beispielsweise die Hausdächer. Auf ihnen macht sich eine Solaranlage sehr hübsch. Solarkollektoren zur Brauchwassererwärmung sind am lohnendsten, aber auch Solarzellen für den Strom sind — bei entsprechender Förderung — finanziell tragbar. Würden alle Hausdächer so genutzt, käme schon eine beträchtliche Fläche zusammen.

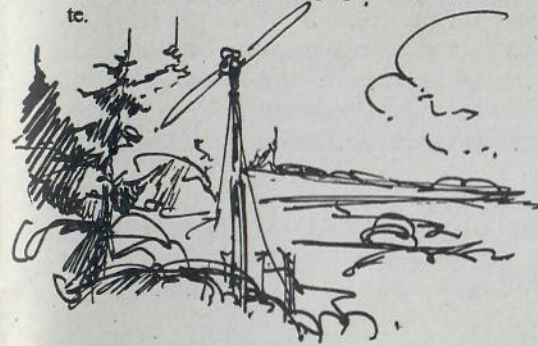


Windenergie

Wie steht es mit dem Wind in Roetgen? Dazu muß man wissen, daß die Windstärken schon innerhalb kleiner Regionen sehr stark schwanken. Auch im Binnenland gibt es Stellen, an denen sich eine Windkraftanlage effektiv nutzen läßt. Ein Beispiel ist das Windrad in Orsbach, wo man auf den ersten Blick nicht vermutet hätte, daß dort fast Küstenverhältnisse herrschen. Erst recht gilt dies für die Höhenzüge in der

(Vor-)Eifel. Von den Standorten in der näheren Umgebung, an denen außergewöhnlich gute Windverhältnisse herrschen, wird an den folgenden bereits eine Windkraftanlage betrieben: außer in Orsbach im Kreis Heinsberg, an der Autobahnraststätte Probsteier Wald, in Simmerath-Huppenbroich und in Schleiden-Herhahn.

In Roetgen kommen in erster Linie die Höhenzüge um die Gemeinde herum in Frage. Dort sind zunächst Windmessungen erforderlich, um zu klären, ob auch in Roetgen eine Windkraftanlage sinnvoll betrieben werden kann. Im Schwerfeld werden bereits von einer Privatperson Windmessungen durchgeführt. Eine Bauvoranfrage ist gestellt, der Bescheid steht leider noch aus. Für das neue Industriegebiet und für Münsterbildchen plant der *Arbeitskreis Energiewende Roetgen* ebenfalls Windmessungen. Diese Standorte hätten den Vorteil, daß der erzeugte Strom mit relativ wenig Aufwand in das dort vorhandenen Netz eingespeist werden könnte.



Zuschüsse erforderlich

Aufgrund der zu niedrigen Preise der anderen Energieträger, welche die externen Kosten (Umwelt-, Gesundheits-, Gebäudeschäden etc.) nicht berücksichtigen, können regenerative Energiequellen jedoch nicht ohne Förderung kostendeckend betrieben werden. Die gegenwärtige

Form der Investitionskostenzuschüsse auf Antrag erfordert eine aufwendige Bürokratie und ist bei der gegenwärtigen öffentlichen Haushaltslage ständigen Kürzungen ausgesetzt. Deshalb unterstützen wir einen Bürgerantrag des *Arbeitskreises Energiewende* zur Aufnahme einer kostendeckenden Einspeisevergütung in den neuen Strom-Konzessionsvertrag. Es geht dabei nicht um eine Erstattung der individuellen Betriebskosten, sondern um einen Einheitspreis, der einer wirtschaftlichen Betriebsweise entspricht. Die Mehrkosten werden auf den Strompreis umgelegt, so daß bei einer kaum merklichen Mehrbelastung der Stromkunden eine berechenbare Förderung regenerativer Energien entsteht. Neben anderen Gemeinden hat nun auch die Stadt Aachen eine solche kostendeckenden Einspeisevergütung eingeführt. Leider wurde dieser Antrag von den anderen Parteien im Roetgener Rat abgelehnt.

Landschaftsschutz

Ein häufig gehörter Einwand gegen Windkraftanlagen ist der Landschaftsschutz. So wird immer wieder behauptet, daß viele Vögel in den Rotoren verunglücken. Neuere Untersuchungen zeigen jedoch, daß schon eine wenig befahrene Landstraße wesentlich mehr Vögeln zum Verhängnis wird, und welche Straße ist aus diesem Grund nicht genehmigt worden? Der Einfluß auf das Landschaftsbild ist natürlich Geschmacksache. Immerhin wirken Windräder in der Regel ästhetischer als beispielsweise Hochspannungsmaste. Auch sind sie noch immer eine Attraktion, die viele Interessierte nach Roetgen kommen ließe. Ein richtig verstandener Landschaftsschutz konzentriert sich nicht nur auf die Optik, sondern versucht in noch weit stärkerem Maße, dauerhafte Schädigungen der Natur durch beispielsweise Schadstoffeinträge zu reduzieren. Dazu kann die Windenergie einen wichtigen Beitrag leisten — auch in Roetgen.

T. E.

Erneuerung statt Stillstand.

Joschka Fischer

Umweltminister des Landes Hessen zu den wichtigsten Punkten grüner Reformpolitik:

Am 16. Oktober wird der neue Bundestag gewählt. Bündnis 90 / Die Grünen kämpfen dabei nicht nur um den Wiedereinzug in das Bundesparlament. Es geht uns vor allem um die Ablösung von Helmut Kohl und die Bildung einer Reform-mehrheit im Bund. Unsere Partei hat sich für eine grün-rote Reformkoalition in Bonn ausgesprochen. Allerdings steht für Bündnis 90 / Die Grünen die Reform im Vordergrund - und nicht die Fortsetzung der Politik der Regierung Kohl mit anderen Köpfen.

Wir setzen auf einen wirklichen Politikwechsel und auf eine grundlegende ökologische und soziale Erneuerung des vereinigten Deutschlands. Nur wenn wir mit dem ökologischen Umbau im großen Stil ernst machen - Verkehrswende, Ausstieg aus der Atomenergie, Durchbruch zu einer Energiesparwirtschaft und Vorrang für Sonnenenergie, ökologische Steuerreform - wird es gelingen, den Kampf gegen die Geisel der Massenarbeitslosigkeit zu gewinnen.

Der Wechsel ist machbar! Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag zur Modernisierung und zum Erhalt des Sozialstaates, der die Lasten nicht vor allem bei den Schwachen ablädt. Gegen den rechten nationalistischen Zeitgeist setzen wir auf mehr Demokratie. Ein Einwanderungsrecht, die doppelte Staatsangehörigkeit und ein neues Staatsbürgerrecht sollen den europäischen Charakter der Bundesrepublik Deutschland auch im Innern, garantieren und die Integration von Ausländern erleichtern und verbessern.

Wir stehen für eine klare Absage an alle wiedererweckten Weltmachtsillusionen Deutschlands in der Außenpolitik, für eine außenpolitische Linie der weitgehenden Gewaltfreiheit, der deutschen Selbstbeschränkung und der gesamteuropäischen Integration.

Der Machtwechsel zugunsten einer sozial-ökologischen Reformkoalition in Bonn ist dieses Jahr machbar, wenn er wirklich gewollt und durchgekämpft wird.

Joschka Fischer

Dieser Zeitung liegt eine Informationsschrift zur Korken-Sammel- und Recyclingaktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei. Ergänzend zur Informationsschrift können wir noch mitteilen, daß die Aachener Projektwerkstatt Heinrich Böll die gesammelten Korken bearbeiten wird. Das Recyclingprodukt soll dann über die Projektwerkstatt im Aachener Handel vermarktet werden.